



Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik NRW

Erklärung des Sprecher*innenrats

Gegen die wachsende Kriegsgefahr im Osten der Ukraine

21. März 2021

Mit großer Sorge beobachten wir den Aufmarsch ukrainischer Streitkräfte an der Kontaktlinie im Donbass. Unterstützt von der Nato und den USA droht die ukrainische Regierung mit einer militärischen Lösung des Konflikts mit den abtrünnigen Regionen im Osten der Ukraine. Begründet wird diese Eskalation mit bewaffneten Angriffen auf ukrainische Soldat*innen, für auch die russische Regierung verantwortlich gemacht wird. Innenpolitisch wird der Konflikt durch verschärfte Repression gegen Angehörige der russischen und ungarischen Minderheiten und Oppositionelle angeheizt. Dazu gehört auch die politische Verfolgung von Antimilitarist*innen und die Schließung von oppositionellen Fernsehsendern. Offenbar hofft die ukrainische Regierung auch, mit einer Eskalation in der Ostukraine die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Russlands mit der EU weiter zu untergraben und damit eine Verschärfung der völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik und einen Baustopp der Gaspipeline Nord Stream 2 wahrscheinlicher zu machen, die sie für eine Konkurrenz zu ihrer eigenen Pipeline hält.

Die verbalen Attacken von US-Präsident Joe Biden gegen Wladimir Putin und das Ausbleiben von Widerspruch aus Berlin, Paris und Brüssel lassen befürchten, dass diese Kalkulation aufgehen könnte.

Wir fordern die ukrainische Regierung auf, umgehend ihre Truppen von der Kontaktlinie im Donbass zurückzuziehen und die Umsetzung des Minsker Abkommens nicht weiter zu behindern. Auch die Separatist*innen müssen den Waffenstillstand wieder einhalten und die russische Regierung muss ihre Unterstützung der Milizen beenden. Nach mehr als 13.000 Toten und unzähligen

Verletzten und Heimatvertriebenen muss endlich der Schutz der Zivilbevölkerung oberstes Ziel werden.

Eine Unterstützung eines militärischen Eingreifens in der Ostukraine durch Nato, EU und Bundesregierung beschwört einen neuen großen Krieg in Europa herauf, der unbedingt verhindert werden muss. Der Konflikt um die Ostukraine braucht eine politische und demokratische Lösung, die nur auf dem Verhandlungsweg erreicht werden kann.

Wir unterstützen alle Kriegsgegner*innen, die sich einem neuen Krieg in der Ukraine verweigern. Nationalismus ist keine Lösung, sondern eine Katastrophe!

Wir verurteilen die Repression in der Ukraine gegen Oppositionelle und Minderheiten und fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Nato und EU jegliche Waffenlieferungen und jede Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte sofort einstellen.

Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen aller Seiten muss Deutschland Asyl gewähren.